

# Studierende stimmen gegen Rüstungsforschung

„Wissenschaft muss konstruktiv sein, das Ziel der Hochschule ist Fortschritt im Sinne des gesellschaftlichen Wohlergehens. Krieg ist das Gegenteil von all dem.“



Aufkleber der Gewerkschaftlichen Studierenden-  
gruppe Karlsruhe zur Urabstimmung im Jan. 2009

## An die Beschäftigten und die Personalrats-KandidatInnen am KIT

Ebenso wichtig wie unbefristete statt prekäre Beschäftigungsverhältnisse, leistungsfähige Tarifverträge, Sozialstandards und Mitbestimmungsrechte, ist die Frage, für welche Zwecke am KIT geforscht wird.

Das sollen ausschließlich friedliche Zwecke sein, meinen die Studierenden, die in einer Urabstimmung im Januar 2009 eine ungeteilte Zivilklausel für das gesamte KIT gefordert haben. Wenn diese Forderung von den Beschäftigten und dem neuen Personalrat unterstützt wird, besteht die Chance, den gegenwärtigen nicht zufrieden stellenden Zustand einer geteilten Zivilklausel für Campus Nord/Süd zu überwinden.

Die LandesStudierendenVertretung hat im März die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen aufgestellt und inhaltsreich begründet (s. Rückseite).

Fakt ist, dass die Universität (KIT Campus Süd) militärische und zivilmilitärische Forschung betreibt und die Landesregierung Baden-Württemberg überhaupt keine Zivilklausel will.

Als Betriebsratsmitglieder des Forschungszentrums haben wir uns zusammen mit der Belegschaft und den wissenschaftlichen Gremien mehrfach mit Erfolg für den Erhalt der Zivilklausel eingesetzt. Sie steht für eine klare Zivilorientierung.

**Wir appellieren an alle Personalrats-KandidatInnen, die Studierenden-Forderung nach einer ungeteilten Zivilklausel zu unterstützen. In der heutigen Personalversammlung ist Gelegenheit dazu.**



An die Presse

# Studierende stimmen gegen Rüstungsforschung

**Die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg fordert die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes**

Stuttgart (LaStuVe). Die LandesStudierendenVertretung (LaStuVe) beschließt die Forderungen nach der Einführung von Zivilklauseln im Land Baden-Württemberg. Damit schließt sie sich den Erklärungen des Bildungsstreikbündnisses des Landes und dem DGB an, der seine Forderungen diesbezüglich am 06. März veröffentlichte.

Die Forderung auf rüstungsrelevante Forschung an Hochschulen zu verzichten ist damit wieder aktuell.

Angestoßen wurden diese landesweiten Erklärungen durch die kürzlich verabschiedete Selbstbeschränkung der Universität Tübingen auf Forschung für ausschließlich friedliche Zwecke. Ebenso werden am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Stimmen für eine umfassende Zivilklausel lauter. Für eine solche haben die Studierenden in einer Urabstimmung votiert. Vorbild für diese Bewegung bleibt die fortschrittliche Zivilklausel der Universität Konstanz. Diese wurde bereits im Jahr 1991 vom Großen Senat der Universität beschlossen und hat bis heute unangetastete Gültigkeit.

„In Zeiten finanzieller Verwahrlosung der Hochschulen, werden diese mehr und mehr abhängig von Drittmitteln. Damit wird die wissenschaftliche Lehranstalt ‚Hochschule‘ durch fremde Interessen aus der Wirtschaft ferngesteuert“, erklärt Sandro Philippi Präsidiumsmitglied der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LaStuVe) und betont: „Solche Einflussnahmen auf gesellschaftliche Güter lehnen wir von Grunde auf ab!“

23/03/2010

„Besonders verwerflich wird dies, wenn die Hochschulen in den Dienst der Rüstungsindustrie geraten“, bekräftigt Jessica Rauch, ebenfalls Präsidiumsmitglied der LaStuVe und sagt: „Wissenschaft muss konstruktiv sein, das Ziel der Hochschule ist Fortschritt im Sinne des gesellschaftlichen Wohlergehens. Krieg ist das Gegenteil von all dem.“

„Zivilklauseln sind ein Schritt auf dem Weg sicherzustellen, dass die Hochschulen ihre eigentliche Aufgabe nicht verfehlen. Sie entsprechen der Friedensfinalität des Grundgesetzes“, erläutert Philippi und fordert: „Die Hochschulen müssen endlich richtig finanziert und demokratisiert werden! Dann könnte man auch von ‚Autonomie‘ sprechen.“

## Anhang:

1 Senatsbeschluss der Universität Konstanz:

„Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“

2. Auszug aus der Präambel der Universität Tübingen:

„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Kontakt zum Präsidium:

LAK-bawue-praesidium@studis.de

Sandro Philippi, sandro.philippi@uni-konstanz.de, Tel.: 01746151666

Jessica Rauch, jrauch@rumms.uni-mannheim.de, Tel.: 017664349072

Albrecht Vorster, albrecht@u-asta.de, Tel.: 01788121841

VORSTAND:

([LAK-bawue-praesidium@studis.de](mailto:LAK-bawue-praesidium@studis.de))

**Sandro Philippi**

c/o U-AStA Uni Konstanz  
Postfach D56  
Universitätsstr. 10  
78457 Konstanz  
Telefon: 01746151666  
[sandro.philippi@uni-konstanz.de](mailto:sandro.philippi@uni-konstanz.de)

**Jessica Rauch**

c/o AStA Uni Mannheim  
L4,12  
68161 Mannheim  
Tel: 0621/181-3373  
Fax: 0621/181-3371  
Handy: 017664349072

**Albrecht Vorster**

c/o AStA  
Belfortstraße 24  
79085 Freiburg  
Telefon: 0178/8121841  
Fax: 0761/203-2034  
[albrecht@u-asta.de](mailto:albrecht@u-asta.de)